

Postulat 126

– Antrag auf dringliche Behandlung

Humanitäre Nothilfe und Unterstützung der Zivilbevölkerung in Gaza

Chiara Peyer und Selina Frey namens der GRÜNE/JG-Fraktion, Regula Müller und Zoé Stehlin namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Anna-Lena Beck vom 30. September 2025

Die humanitäre Lage im Gazastreifen ist dramatisch. Seit Anfang März 2025 blockiert die israelische Regierung internationale Hilfslieferungen nach Gaza.¹ Dadurch wurde die Bevölkerung von Gaza an den Rand des Hungertods gedrängt und das Gesundheitssystem drohte zusammenzubrechen. Seit Mitte April 2025 warnt die UNO vor der schlimmsten Notlage für die Zivilbevölkerung seit Kriegsbeginn. Wenn weiterhin keine Hilfe in den Gazastreifen gelangt, wird sich die Ernährungssituation dramatisch verschlechtern und die Zahl vermeidbarer Todesfälle bei Kindern wird zunehmen, warnt UNICEF.²

Seit Ende Mai betreibt die von den USA und Israel unterstützte Gaza Humanitarian Foundation (GHF) ein neues System zur Verteilung humanitärer Hilfe in Gaza. Es ersetzt das bisherige System, das von UN-Organisationen – insbesondere dem UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) – und anderen NGO betrieben wurde. Es umfasst vier Zentren für die Verteilung von Nahrungsmitteln, die sich in Militärgebieten befinden und von bewaffneten amerikanischen Vertragspartnern betrieben werden. In den letzten Wochen wurden in der Nähe der Verteilungsstellen mehr als 500 Menschen getötet und fast 4'000 weitere verletzt, die nach Nahrungsmitteln suchten. Dies geht aus Zahlen der Vereinten Nationen hervor. Die Stiftung berichtet jedoch, dass es weder an den Verteilungsstellen noch in deren Nähe zu gewalttätigen Zwischenfällen gekommen sei. Deshalb wird die Kritik an der GHF immer lauter.³

Seit die Waffenruhe zwischen der Hamas und Israel aufgehoben wurde, fliegt die israelische Armee wieder Angriffe auf die Infrastruktur und gegen die Zivilbevölkerung in Gaza. In seinem Zwischenentscheid spricht der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag von zahlreichen Verstössen Israels gegen das humanitäre Völkerrecht. Am 29. Dezember 2023 reichte Südafrika beim IGH Klage gegen Israel ein. In der Klage wirft Südafrika Israel einen Völkermord an den Palästinenser*innen im Gazastreifen vor und fordert im Eilverfahren ein sofortiges Ende aller militärischen Operationen.⁴ Mehrere Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty International, Human Rights Watch und Oxfam, veröffentlichten Berichte, in denen sie Gaza als Schauplatz eines Genozids bezeichnen.^{5,6,7}

Gemäss der Untersuchungskommission des UNO-Menschenrechtsrats begeht Israel im Gazastreifen einen Völkermord. Der Kommission zufolge haben die israelischen Behörden und Sicherheitskräfte vier

1 <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/gaza-hilfslieferungen-humanitaere-lage-100.html>

2 <https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/-/kinder-in-gaza-hungern/350376>

3 Trotz Teil-Auflösung: Gaza Humanitarian Foundation macht weiter

4 ECCHR_O_A_Genozid_in_Gaza_20241210.pdf

5 <https://www.amnesty.ch/de/laender/nahe-osten-nordafrika/israel-besetztes-palaestinensisches-gebiet/dok/2024/israel-begeht-in-gaza-voelkermord-an-palaestinenserinnen>

6 <https://www.hrw.org/news/2024/12/19/israels-crime-extermination-acts-genocide-gaza>

7 <https://www.oxfam.org/en/tags/genocide>

der fünf Handlungen gemäss der Völkermordkonvention von 1948 ausgeführt. Das wurde in einem Bericht Mitte September 2025 öffentlich.⁸

Angesichts der humanitären Situation im Gazastreifen bitten die Postulantinnen den Stadtrat, ein Zeichen für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie zu setzen und sich damit solidarisch mit den Menschen vor Ort zu zeigen. Der Stadtrat wird deshalb gebeten:

- sich im Rahmen seiner Möglichkeiten so schnell und so nachdrücklich wie möglich beim Bund (Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD/Staatssekretariat für Migration SEM) dafür einzusetzen, dass die Schweiz der palästinensischen Bevölkerung in Form von sichtbarer oder lautstarker Solidarität zur Seite steht (z. B. Demonstrationen/Kundgebungen gegen den Krieg zu bewilligen usw.);
- sich im Rahmen seiner Möglichkeiten so schnell und so nachdrücklich wie möglich beim Bund (EJPD/SEM) dafür einzusetzen, dass die Schweiz vulnerablen Personen aus Palästina ihre Unterstützung anbietet, sich humanitär engagiert, weitere Länder zur Solidarität auffordert und selbst Geflüchtete aufnimmt;
- die palästinensische Bevölkerung mit finanzieller Soforthilfe zu unterstützen, um die humanitäre Notlage der Zivilbevölkerung im Gazastreifen zu mildern;
- sich an der Aufbauhilfe für die Infrastruktur mit finanziellen Leistungen für die Zivilbevölkerung in Gaza zu beteiligen;
- zu prüfen, ob eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt im Gazastreifen bzw. in den palästinensischen Gebieten zwecks Unterstützung des Wiederaufbaues und zur Stabilisierung des Friedens eingegangen werden kann.

⁸ <https://www.srf.ch/news/international/voelkermord-definition-von-1948-uno-kommission-wirft-israel-genozid-im-gazastreifen-vor>